

## Österreich am Abgrund: Schuh warnt vor Schuldenexplosion und EU-Vorgaben!

Im Nationalrat in Wien kritisiert FPÖ-Abgeordneter Schuh die Schuldenlast Österreichs und fordert Reformen für Investitionen.



**Wien, Österreich** - Im Rahmen der heutigen Budgetdebatte im Nationalrat in Wien hat der Nationalratsabgeordnete Harald Schuh von der FPÖ scharfe Kritik an der Bundesregierung geübt. Er wies auf die hohe Schuldenlast des Landes hin und stellte die jüngste Herabstufung des Ratings in den Mittelpunkt seiner Argumentation. „Österreich ist ein Land der Schuldenberge“, so Schuh, der zudem betonte, dass Österreich jährlich als Netto-Zahler an die EU leiste. Die Belastung durch die EU-Zahlungen steht für Schuh in einem starken Gegensatz zu den notwendigen Investitionen in das Wohl der heimischen Bevölkerung.

Ein zentraler Punkt der Debatte waren die von der EU vorgeschlagenen Renaturierungsvorschläge, deren geschätzte

Kosten sich auf sechs bis acht Milliarden Euro belaufen. Schuh äußerte Zweifel an den tatsächlichen Vorteilen dieser Maßnahmen für die Umwelt und forderte stattdessen eine Fokussierung auf die Bedürfnisse der heimischen Bevölkerung.

## **EU-Reformen und deren Auswirkungen**

Die Aussagen von Schuh erfolgen vor dem Hintergrund bedeutender Reformen des Stabilitäts- und Wachstumspakts, die am 29. April 2024 vom Ministerrat der EU beschlossen wurden, wie **Tagesschau** berichtet. Diese Reform folgt der Zustimmung des EU-Parlaments und zielt darauf ab, klare Obergrenzen für Staatsschulden und Haushaltsdefizite der Mitgliedsländer zu definieren. Nun müssen hoch verschuldete Länder, deren Schuldenstand mehr als 90% des BIP beträgt, ihre Schuldenquote jährlich um 1% verringern, während Länder mit einem Schuldenstand zwischen 60% und 90% um 0,5% senken müssen.

Im Kontext dieser Reformen wird den Mitgliedstaaten, die mit einer Defizitquote über 3% des BIP kämpfen, angedroht, dass sie mit Sanktionen belegt werden können. Kritiker der neuen Regelung äußern Bedenken, dass wichtige Investitionen, insbesondere im Bereich Klimaschutz und soziale Projekte, durch die strengen Richtlinien gehemmt werden könnten.

## **Investieren in die Zukunft**

Die neuen Regeln sollen Investitionen Vorrang einräumen und die nationale Verantwortung der Mitgliedsstaaten stärken. Das Ziel ist es, das System insgesamt glaubwürdiger zu gestalten. Diese Reformen wurden mit 431 Ja-Stimmen und 172 Nein-Stimmen sowie 4 Enthaltungen vom EU-Parlament angenommen, wobei **Europarl** über den Fortschritt ausführlich berichtet.

Die Reform soll nicht nur eine Rückkehr zu einer Austeritätspolitik verhindern, sondern auch Anreize für

notwendige Investitionen setzen. Ko-Berichterstatter und Politiker wie Esther De Lange und Margarida Marques haben dafür plädiert, dass finanzpolitische Flexibilität für Klimainvestitionen sowie soziale Aspekte in der neuen Rechtslage Vorrang haben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die aktuelle Debatte in Österreich eingebettet ist in die umfassenderen Diskussionen um Staatsschulden und Investitionen innerhalb der EU. Harald Schuhs kritische Position reflektiert nicht nur die Bedenken bezüglich der hohen Schuldenlast, sondern auch die Herausforderungen, denen sich viele Mitgliedsstaaten angesichts neuer EU-Vorgaben gegenübersehen.

Details	
<b>Vorfall</b>	Gesetzgebung
<b>Ort</b>	Wien, Österreich
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.ots.at">www.ots.at</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li><li>• <a href="http://www.europarl.europa.eu">www.europarl.europa.eu</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**